

# Pflegebedarf in der Stadt wächst

**Kulturausschuss: Seniorenreferentin Dr. Ulrike Krischke schlägt Alarm**



GALERIE  2

Wolfratshausen – Nahezu 7000 Wolfratshausener gehören der Altersgruppe 55 plus an: Das entspricht mehr als einem Drittel der Einwohnerzahl. Darunter sind über 500 Bürger pflegebedürftig und müssen zum Teil stationär behandelt werden. Dass der Bedarf mit derzeit 313 vollstationären Plätzen noch gedeckt werden kann, wertete die Seniorenreferentin des Stadtrats Dr. Ulrike Krischke in der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses zwar als positiv. Doch die demografische Entwicklung bereitet ihr Sorgen. „Uns werden im Jahr 2028 mindestens 30 Pflegeplätze fehlen“, fürchtet Krischke.

Grund seien die geburtenstarken Jahrgänge, die zu dieser Zeit das Rentenalter erreichen. Laut einer Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts werden 2028 schon 7329 Menschen, die 55 Jahre oder älter sind, in Wolfratshausen leben. 657 davon werden pflegebedürftig sein. „Zu beachten ist, dass der Bedarf an stationärer Pflege zum Teil mit sogenannten 24-Stunden-Kräften gedeckt wird oder auch in einer ambulant betreuten Pflegewohngemeinschaft versorgt werden könnte“, erklärte Krischke.

Änderungen in der Pflegeversicherung könnten sich jedoch auch auf die Anzahl der Pflegebedürftigen sowie das Verhältnis zwischen ambulanter und stationärer Versorgung auswirken. Deshalb plädierte Krischke für die Schaffung von weiteren Pflegeplätzen. Der geplante

Bau des MARO-Mehrgenerationenhaus an der Sauerlacher Straße 15 sowie der mögliche Neubau des AWO-Demenzzentrums auf einer landwirtschaftlichen Fläche neben dem Gewerbepark An der Loisach reichen ihrer Einschätzung nach aber voraussichtlich nicht aus. „Wolfratshausen hat zu wenig Spielraum und sollte deshalb eine interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Flächen-gemeinden wie beispielsweise Egling anstreben“, empfahl Krischke. Zudem müsse in der dicht besiedelten Loisachstadt mehr Wohn-raum für Pflegepersonal geschaffen werden.

Dr. Manfred Fleischer (Liste WOR) begrüßte die Gedankenspiele der Seniorenreferentin, regte jedoch zudem niedrigschwellige Hilfen der Stadt zur Erleichterung der häuslichen Pflege an. Dazu gehören für ihn zum Beispiel die finanzielle Unterstützung des barrierefreien und seniorengerechten Umbaus von Wohnungen.

Fritz Meixner (SPD) erinnerte die Kollegen zudem noch einmal daran, dass die Leistungen der Kreisklinik unbedingt in kommunaler Hand bleiben müssen. „Es braucht auch eine entsprechende medizi-nische Versorgung“, erklärte er. ph